

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

131 (6.6.1928)

# Beilage zur Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

### Badischer Teil

#### Der Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsamtes für 1927

Am 2. Juni d. J. ist der Jahresbericht des Bad. Gewerbeaufsichtsamtes und des Bad. Bergamtes für das Jahr 1927 erschienen. Er gibt eine recht beachtenswerte Übersicht über die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes, die spezielle Lage der Arbeitnehmer, der Verhältnisse in den Industriebetrieben, die Zahl der durch das Gewerbeaufsichtsamten vorgenommenen Besichtigungen, die Handhabung der Arbeitsschutzgesetzgebung usw. Mit Recht heißt es in der Einleitung des Berichts: „Es handelt sich bei den Jahresberichten der Gewerbeaufsicht nicht darum, die Literatur um ein wenig gelebtes Buch zu vermehren, sondern man will Erfahrungen und Beobachtungen weiten Kreisen der Industrie, des Gewerbes und des Handels zuführen, damit sie daraus Nutzen ziehen können.“ Dieser Auffassung kann man sich vollinhaltlich anschließen. Aber gerade deswegen hat jeder Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsamtes eine recht große Bedeutung im Wirtschaftsprozess der Gegenwart; mit Genugtuung wird festgestellt, daß heute viele Kreise der Wirtschaft, wie die Betriebsleiter, Betriebsmeister, Betriebsräte, intelligente Arbeiter nach ihm greifen.“ Das ist mir zu begrüßen. Das Gewerbeaufsichtsamten trägt auch die besten Wünsche Rechnung und übermittelt eine Anzahl ihrer Besichtigungen kostenlos an die Betriebsleitung und Arbeitnehmervertretung.

Die Gesamtzahl der Besichtigungen betrug im vorigen Jahre 12 898 gegen 10 584 des Jahres 1926. In den besichtigten Anlagen waren 223 568 Arbeitnehmer beschäftigt. 10 604 Anlagen wurden 1 mal, 443 2 mal, und 207 mehr als 2 mal besucht. In den Hausindustriebetrieben, in Handwerksbetrieben und offenen Verkaufsstellen, sowie in anderen Handelsgeschäften betragen die Besichtigungen insgesamt 1385. Da die sogenannte Revision der Betriebe der Hauptbestandteil der Aufgaben des Gewerbeaufsichtsamtes ist, so darf befriedigend konstatiert werden, daß im Jahre 1927 die Tätigkeit der Prüfung der Hygienefragen und sonstigen Verhältnisse in den Fabriken usw. eine beachtenswerte Zunahme erfahren hat. Es wurden denn auch an 575 Anlagen erlassen, die den allgemeinen Schutz der Arbeiter betrafen. Zur Unfallverhütung hat man 1 488 Anlagen erlassen, zur Verhütung gesundheitsgefährlicher Einflüsse 492.

Außerdem wird im Jahresbericht weiter mitgeteilt: „Aus den Kreisen der Arbeiterschaft liefen 232 Schriftstücke über Mängel in gewerblichen Anlagen ein. Von diesen Beschwerden waren 104 völlig, 59 teilweise begründet, 57 nicht begründet, 12 sind noch unerledigt. Außerdem wurde eine Anzahl mündlich vorgebrachter Beschwerden erledigt.“

Der Bericht weist auch auf die anonymen Anzeigen hin, welche im allgemeinen zugenommen hätten, weil die Arbeiter befürchteten, dann erwerbslos zu werden. Es befanden sich, so sagt der Bericht unter den anonymen Anzeigen eine Anzahl, die unbegründet zu den Akten zu legen waren; das kommt aber auch bei offenen Beschwerden vor, da die Mängel in der Schwierigkeit der Feststellung der Tatsachen liegen. Man dürfe deshalb keineswegs die anonyme Anzeige unbeachtet lassen.

Ferner spricht sich der Bericht dahin aus, daß der Verkehr mit Arbeitgeber und Arbeitnehmer im allgemeinen sich reibungslos vollzogen hat und im vergangenen Jahre wenig Anzuträglichkeiten zu verzeichnen waren.

Für langjährige Tätigkeit in einem Arbeitsbetriebe wurden ausgefertigt für eine 30 und mehrjährige Tätigkeit 305 Diplome, für eine 40- und mehrjährige Tätigkeit 72 Schreiben, für eine 50- und mehrjährige Tätigkeit 13, zusammen 390 Urkunden.

Im allgemeinen erstreckt sich der Bericht auf die Lage der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes, auf die Erwerbslosigkeit, auf die Arbeitszeit, das Beschäftigungsverhältnis, auf die Anstellung, auf die Betriebsunfälle, auf die gesundheitsgefährlichen Einflüsse, auf die Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrie usw. Angefügt ist der Jahresbericht des Bad. Bergamtes über die unter der Aufsicht der Bergbehörden stehenden Anlagen für das Jahr 1927. Wir kommen auf Einzelabhandlungen des Jahresberichts noch zurück.

#### Die Karlsruher Tagung der Betriebskrankenkassen

Zur Tagung des Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen (Sitz Essen), der Karlsruhe als Tagungsort gewählt hat, sind gegen 2000 Vertreter von Betriebskrankenkassen aus allen Teilen des Reiches erschienen. Am Dienstag fand die geschlossene Hauptversammlung des Verbandes statt, in der im Kreise der Verbandsmitglieder vorwiegend innere Verbandsangelegenheiten behandelt wurden.

Die Versammlung leitete der Verbandsvorsitzende, Geh. Regierungsrat Dr. Guntz, Direktor der Fried. Krupp A.-G., Essen. Er erstattete einen ausführlichen Geschäftsbericht. Eine geordnete, gut durchgeführte Sozialversicherung sei eine wesentliche Grundlage für die Wirtschaftsentwicklung. Die Sozialversicherung sei aber auch ihrerseits von der Wirtschaft abhängig. Es sei ein dringendes Gebot der Zeit, daß der Grundgedanke der sparsamen wirtschaftlichen Arbeitsweise auch in der Sozialversicherung, namentlich in der Krankenversicherung, nicht unberücksichtigt bleibe. Die Lage der deutschen Wirtschaft habe sich nicht unerheblich gebessert, so daß sich auch die Krankenversicherung nicht ungünstig entwickeln konnte.

Aber den gegenwärtigen Stand der Krankenversicherung sprach das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Verbandes, Heinemann, Essen. Die neuere gesetzliche Regelung der Krankenversicherung habe im großen und ganzen ihren Zweck erfüllt. Dadurch sei Ordnung in die Beziehungen zwischen Kassen und Ärzten gebracht und vor allem dazu beigetragen worden, die Gegensätze zwischen den Parteien zu mildern. Gegenwärtig würden Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Krankenkassen und Ärzten geführt, die zum Ziele hätten, die noch bestehenden Streitfragen durch sachliche Aussprache zu klären, und womöglich einer Lösung entgegenzuführen. Beide Vorträge fanden lebhaften Beifall.

#### Wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmerverbände Badens

Am Dienstag mittag hielt die wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmerverbände Badens in Karlsruhe ihre Jahresversammlung ab. Unter den zahlreichen Erschienenen waren Finanzminister Dr. Schmitt, Unterrichtsminister Leers, Oberbürgermeister Dr. Finter, die Präsidenten der Reichsbahndirektion und der Oberpostdirektion und eine Reihe Vertreter aus Industrie, Handel, Landwirtschaft usw.

Handelskammerpräsident Kenele, Mannheim, eröffnete die Versammlung. Er hob hervor, daß die deutsche Wirtschaft sich im Aufstiege befindet, von normalen Verhältnissen seien wir allerdings noch weit entfernt. Man könne vorerst allerdings noch nicht auf fremde Kapitalhilfe verzichten, doch müsse die Anleihenwirtschaft ihre Grenzen haben. Die vor acht Jahren erfolgte Gründung der wirtschaftlichen Vereinigung habe schon eine Reihe schöner und praktischer Erfolge gezeigt. Die Zuversicht, die an dieser Stelle im letzten Jahre zum Ausdruck gekommen sei, habe nicht betrogen. Die Früchte unermüdlicher Anstrengung, der Erfolg der Konzentrierung und Rationalisierung seien in einer Belebung der Wirtschaft und im Zusammenhang mit ihr in einer bedeutenden Abnahme der Zahl der Erwerbslosen zum Ausdruck gekommen. Aber mit der Anfurberung der Wirtschaft allein sei es nicht getan. Man müsse nicht nur arbeiten, sondern auch verdienen und dazu kommen die Summen, die wir zur Erhaltung, Modernisierung, Rationalisierung und zur Erweiterung unserer Wirtschaft benötigen, aus dem Ertrag unserer Arbeit zu bestreiten. Es sei ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß Lohnerböhung und Arbeitszeitverkürzung allein eine Besserung der Lebenslage breiter Volksschichten herbeiführen können. Solange nicht eine Steigerung der Arbeitsleistung erreicht werde, müsse jede Verteuerung der Erzeugnisse zu einer Steigerung des Lebenshaltungsindezes führen und dadurch die Wirkung einer Lohnerböhung aufheben. Der steigende Großhandelsindex und die nur langsame Abnahme der Erwerbslosenzahl seien ernste Mahnzeichen. Die Klagen über die unerträgliche Höhe unserer Steuern müßten nicht, wenn nicht die Ursache dieser Überlastung erkannt werde. Die Erfahrungen der Rationalisierung, die der Wirtschaft so große Erfolge beschert haben, müssen wir auch auf die Verwaltung ausdehnen.

Anschließend sprach als Vertreter des Handwerks der Präsident der Mannheimer Handwerkskammer, Groß, der u. a. ausdrückte, daß dem Handwerk vor allem die Bildung neuer Betriebskapitalien außerordentlich erschwert sei. Das Handwerk habe die Zeichen der Zeit verstanden; das gebe aus den Bestrebungen des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung hervor.

Für die badische Landwirtschaft sprach im folgenden Dr. Graf Douglas. Im Vordergrund stehe heute das Agrarproblem und hierbei wieder die Frage der Zufuhr der Produktion an den Konsumenten auf dem einfachsten Wege. In dieser Hinsicht sind wir in Deutschland noch außerordentlich weit zurück. Diesem Problem wird die Landwirtschaft ihre besondere Aufmerksamkeit widmen müssen und die Frage zu lösen suchen, wie sie auf einfachem und kurzem Wege beste Qualitätsware den Konsumentkreisen zuführen kann.

Hierauf nahm namens des Staatsministeriums Finanzminister Dr. Schmitt das Wort zu längeren Ausführungen.

Einleitend wies er darauf hin, daß heute die wirtschaftlichen Fragen vor allen anderen Beachtung finden. Vielfach werde nun die Frage aufgeworfen, kann der Staat wie eine Aktiengesellschaft behandelt werden oder muß er sich in anderer Weise einrichten. Da er es mit Menschen, mit Seelen zu tun hat, wird er eine Mittellinie finden müssen. Er wird bei einer Zentralisation die Grenzen nicht überschreiten dürfen. Ich will mich in diesem Augenblicke nicht zur Frage des Einheitsstaates äußern oder dazu ein entscheidendes Wort sagen. Aber soviel wäre dazu doch zu bemerken: Baden ist so weit von Berlin entfernt, daß man für manche unserer Fragen recht wenig Verständnis hat. Deshalb dürfen wir vor allem auf unsere wirtschaftliche Vertretung in Berlin nicht verzichten. Wir brauchen gerade im Einheitsstaat im Interesse unserer Wirtschaft eine nachdrückliche Vertretung unserer Wirtschaftsinteressen in Berlin. Die Vereinfachung und die Sparanstrengungen bestehen nicht darin, daß man im Staatsbudget Ausgaben streicht und auf andere abwägt, sondern die Einsparungen bestehen darin, daß jeder und jede Organisation sich Sparanstrengungen auferlegen. Der badische Staat hat im Vergleich zu anderen Ländern eine Vereinfachung seiner Verwaltung durchgeführt, die sich sehen lassen kann. In diesem Zusammenhang warf der Finanzminister die Frage auf, ob sich nicht die Handelskammern wie auch die Genossenschaften einer Vereinfachung unterwerfen können. Eine Neuorganisation des Genossenschaftswesens sei eine außerordentlich akute Frage und vielleicht werde es auch wieder möglich, daß in den Genossenschaften der ehrenamtliche Charakter der Betätigung zum Ausdruck komme.

In einem Vortrage „Was erhofft die badische Wirtschaft von einer Verfassungs- und Verwaltungsreform?“ erörterte Generaldirektor Dr. Kengenheister, Freiburg, das Gesamtproblem der Rationalisierung. Der Redner berührte dabei vor allem die Vereinfachungen der Gesetzgebung, die Errichtung eines Landeswirtschaftsrates, der die Arbeiten der Regierung und des Parlaments zu vereinfachen imstande wäre, sodann eine Verwaltungsreform im Sinne der Vereinfachung und Verbilligung. So müßten auch die badischen landwirtschaftlichen Organisationen auf den Boden einer Einheitslichkeit gestellt werden, desgleichen die Organisation des Handwerks, wo ebenfalls eine Vielheit von Organisationsformen zu finden ist. Die Reorganisation der Staatsverwaltung würde von der Wirtschaft von dem wirtschaftlichen Nutzeffekt beurteilt, denn es könne der Fall sein, daß ein so scharfer Abbau von Behörden und eine so weitgehende Zusammenlegung von Ämtern für die Bevölkerung mehr Schaden als Nutzen bringen. Eine Vereinfachung sei auch zu erreichen durch den Abbau öffentlicher Aufgaben, der frühere Verwaltungsstaat sei zum Wohlfahrtsstaat geworden. Es sei die Frage, ob heute der Staat finanziell in der Lage sei, so weitgehende Aufgaben zu übernehmen. Die Durchführung aller nicht durch den Verlust des Krieges zwangsläufig gewordenen Aufgaben werde ihre Grenze finden müssen in der finanziellen Tragbarkeit. Den maßgebenden Stellen müsse man zurufen: Reformiert die Verfassung und Verwaltung und reformiert sie bald (Starker Beifall).

Präsident Kenele faßte in einem Schlußwort die Gedanken der Referate dahin zusammen, daß auf allen Gebieten rationalisiert werden muß. Einer solchen Rationalisierung muß sich auch der Gesetzgeber unterwerfen. Die Rationalisierung läuft zwar Gefahr, ein Schlagwort zu werden, aber ohne Rationalisierung werden wir einfach nicht mehr auskommen.

Nach der Jahresversammlung wurde im Hotel „Germania“ ein gemeinsames Mittagessen eingenommen, und danach fand eine Besichtigung der nach amerikanischem Muster eingerichteten Nähmaschinenfabrik von Paid & Neu statt.

#### Badischer Philologenverein

Im Mittelpunkt der Verhandlungen des diesjährigen Philologentages in Triberg stand das Bildungsproblem der höheren Schule. Die Vorträge sollten zu einer Selbstbestimmung über das Wesen der sogenannten höheren Bildung führen, aus dem Chaos der pädagogischen Meinungen sollte nach einem festumrissenen Bildungsziel gestrebt werden, das der Arbeit an unseren höheren Schulen einen festen Halt und der Schule klarere Prägung zu geben imstande wäre. Besonders das Gebiet der neueren Sprachen ist es, das heute am umstrittensten ist, und die Schultypen der Oberrealschule und des Realgymnasiums stehen im Brennpunkt der Auseinandersetzungen. In diesem Sinne handelten die Themen im wesentlichen von den Aufgaben, die die neueren Sprachen, Französisch und Englisch, im Rahmen unserer Bildungsarbeit zu erfüllen haben.

Die allgemeinen Zusammenhänge behandelte Prof. Klingenstein (Heidelberg), der über „Schulziel und Jugendpsychologie“ sprach. Die Ausführungen gingen von der Spannung aus, die zwischen festen Lehrplänen und jugendpsychologischen Forderungen bestehen. In seinem Vortrag über „Die sprachbildende Aufgabe des Französischen“ zeigte Prof. Ballweg (Karlsruhe), wie der französische Unterricht in formaler Hinsicht Sprachbildung zu vermitteln hat. Prof. Kintel (Karlsruhe) gab eine Interpretation der ersten Abschnitte von Discartes: Discours de la methode, und zeigte, wie auch die neueren Sprachen zu vertiefter philosophischer Betrachtungsweise hinführen vermögen.

In seinem Vortrag über die methodische Verwendung des englischen Lehrbuches zeigte Prof. Caselmann (Karlsruhe), wie die Schüler zum kritischen Verständnis des Wortes als biegsamen und doch scharfen Werkzeugs des Gedankens errogen werden müssen, damit das fremdsprachliche Bildungsziel der Oberstufe, die Auseinandersetzung mit den repräsentativen Geistern der fremden Kultur erreicht werden kann. In seinem Referat „Aus der Praxis des englischen Unterrichts“ behandelte Prof. Dr. Walter Maier (Karlsruhe) die Frage, welche inhaltlichen und formalen Bildungswerte der englische Unterricht zu vermitteln vermag.

Professor Breusch (Freiburg) wies in seinem Vortrag „Die Mathematik im Dienste der Idee der höheren Schule“ nach, wie das mathematische Denken die Denkfähigkeit des jungen Menschen schult und zur Rationalisierung und Normalisierung unseres Denkprozesses führt. Für die Philologen referierte Prof. Dr. Clausung (Heidelberg) über den Lateinunterricht nach dem neuen Lehrbuch „Ludus latinus“. Mit dem Vortrag von Prof. Reuelio (Billingen) über „Frühromische Kastellanlagen in Hüfingen und ihre Bedeutung für die römische Okkupation Südbadens“ schloß die öffentliche Mitgliederversammlung.

Am Freitag abend vereinigte eine gefellige Zusammenkunft, der auch Minister für Kultus und Unterricht Leers und Gemahlin beiwohnten, die Philologen zu frohem Beisammensein. An die Tagung schloß sich eine geologische Exkursion und ein gemeinsamer Ausflug führte die Teilnehmer am heutigen Sonntag nach Billingen, Hüfingen und Donaueschingen, wo unter sachkundiger Führung historisch bedeutungsvolle Stätten besichtigt wurden.

#### Generalversammlung des Bad. Winzervereins

Die am Sonntag nach Bruchsal einberufene, ziemlich gut besuchte Generalversammlung des Badischen Winzervereins wurde durch den Vorsitzenden, Freiherrn von Gleichenstein, mit der Begrüßung der Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden sowie der landwirtschaftlichen Korporationen eingeleitet. Er wies auf die vom Verbands erstrebten Ziele der Winzer hin, wie Abänderung des Weingesezes usw., Anpflanzung von Hybriden, Förderung des Weinbaues durch Arbeitsbeschäftigung und geeignete Düngung durch Schwefelkali.

Der Geschäftsführer des Verbandes, Freiherr von Oiler, erstattete sodann einen eingehenden Geschäftsbericht für das Jahr 1927, der eine reiche Tätigkeit des Verbandes im Interesse der Winzer erkennen ließ. Der Gesamtsertrag des deutschen Weinbaues war 1927 40 Prozent höher als im Vorjahre, in Baden dagegen um 7 Millionen Reichsmark geringer. Die besseren Preise konnten sich nicht auswirken. Baden müsse mehr tun, um seine Qualitätsweine bekannt zu machen. Sodann hielt Dr. Müller, Direktor des Badischen Weinbauinstituts in Freiburg, einen lehrreichen, für die einzelnen Winzer recht verständlichen Vortrag, und erläuterte die Frage der Bekämpfung der Rebschädlinge, sowie die einzelnen Mittel und deren Anwendung. Hieran schloß sich eine längere Aussprache u. verschiedene Ansprachen, die vom Referenten beantwortet wurden. Eine einstimmig angenommene Entschließung verlangt im Hinblick auf die schlechte Ernte im Jahre 1927 und die durch die Naturkräfte hervorgerufenen Schäden staatliche Maßnahmen zur Hilfe für die Winzer, und zwar durch Steuernachlaß der Grund- und Gewerbesteuer sowie der Gemeindefumlage. Weiter werden gefordert staatliche Zuschüsse zur Schädlingsbekämpfung, ferner, daß für den Verschmitt von amerikanischen Weinen mit Edelwein der Deklarationszwang eingeführt wird.

#### Eröffnung d. deutschen Labakforschungsinstituts

Am 16. Juni findet im Forstheim bei Karlsruhe die Eröffnung des dort auf dem Gelände des Gutes der Badischen Landwirtschaftskammer erbauten Labakforschungsinstituts für das Deutsche Reich statt in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Hoffmann vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

Die Nachfolge Oskar Ged's im Mannheimer Bürgerausschuß. An die Stelle des verstorbenen Reichstags- und Stadtratsmitgliedes Oskar Ged wird Frau Elise Reiser von der SPD. in den Mannheimer Bürgerausschuß eingezogen.

**Die Badische Spargelausstellung in Schwetzingen**

Spd. Schwetzingen, 3. Juni. Samstag nachmittag wurde in Anwesenheit von Vertretern der Regierung, des Bezirksamtes, der städtischen Behörden, des Verkehrsvereins, der Badischen Landwirtschaftskammer und sonstiger Körperschaften die Badische Spargelausstellung 1928 eröffnet. Diese Ausstellung, die zum erstenmal im Rahmen des großen Schwetzingen Spargelfestes stattfindet, gibt einen instruktiven Überblick über den derzeitigen Stand des Spargelbaues, der Spargelzucht und der Verwertung des Spargels. ...

**Schiedsspruch für den Streit in der Rhein-schiffahrt**

Im Lohnstreit in der Rheinschiffahrt wurde am Montag im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällt. Danach bleibt der bis 30. April 1928 gültige Lohn- und Gehaltsvertrag in Kraft. Die Vereinbarung kam mit vierwöchiger Frist erstmalig zum 15. Oktober 1928 gekündigt werden. ...

**Gemeinde-Rundschau**

Bürgermeisterwahlen. In Freiamt (Amt Emmendingen) wurde der seitherige Bürgermeister Schneider nahezu einstimmig auf eine weitere neunjährige Amtsdauer wiedergewählt. ...

**Staatsanzeiger**

Der Badischen Landeslebensversicherung Aktiengesellschaft (Badenwert) in Karlsruhe wurde unter dem heutigen Tage im Einvernehmen mit den Ministerien der Justiz und der Finanzen die Genehmigung erteilt, Teilschuldverreibungen auf den Inhaber bis zum Betrag von 50 Millionen Franken Schweizerwährung ...

**Bekanntmachung**

des Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland über die Festsetzung der Grenzen der Arbeitsämter. Vom 5. Juni 1928.

- Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 (RGBl. I S. 757) hat der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Berlin am 24. Mai d. J. nach Anhörung des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamts und der öffentlichen Arbeitsnachweise des Reichs die Arbeitsämter im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland wie folgt festgesetzt:
Arbeitsamt Aalen, umfassend: die Oberamtsbezirke Aalen, Ellwangen, Neresheim.
Arbeitsamt Baden-Baden, umfassend: den Amtsbezirk Bühl und die Gemeinden Baden, Balg, Obersteinburg, Haueneberstein, Dos und Sandweiler des Amtsbezirks Rastatt.
Arbeitsamt Balingen, umfassend: den Oberamtsbezirk Balingen und den Kreis Göttingen.
Arbeitsamt Bruchsal, umfassend: die Amtsbezirke Bruchsal, Bretten.
Arbeitsamt Eßlingen, umfassend: die Oberamtsbezirke Eßlingen, Nürtingen und Kirchheim und die Gemeinde Schwanhausen des Amtsbezirks Stuttgart.
Arbeitsamt Freiburg, umfassend: die Amtsbezirke Freiburg, Emmendingen, Neustadt (ausgenommen die Gemeinden Blaf, wald, Häusern, Rengenschwand, St. Blasien und Schluchsee), Staufen, Waldkirch.
Arbeitsamt Friedrichshafen, umfassend: den Oberamtsbezirk Tettnang und den Amtsbezirk Überlingen.
Arbeitsamt Gmünd, umfassend: die Oberamtsbezirke Gmünd, Schorndorf, Weisheim, und vom Oberamtsbezirk Gaildorf die Gemeinden Altersberg, Gschach, Fridehofen, Gschwend, Laufen, Obergröningen, Ruppertsbühl, Untergröningen, Vordersteinenberg.
Arbeitsamt Göttingen, umfassend: die Oberamtsbezirke Göttingen und Weisingen.
Arbeitsamt Hall, umfassend: die Oberamtsbezirke Hall, Künzelsau, Oehringen, Crailsheim, und vom Oberamtsbezirk Gaildorf die Gemeinden Gaildorf, Guldendorf, Nichtenberg, Geiershofen, Hausen, Hütten, Michelbach, Mittelfischach, Oberfischach, Oberrot, Oberrottheim, Ottendorf, Sulzbach, Untertrot.
Arbeitsamt Heidelberg, umfassend: die Amtsbezirke Heidelberg, Sinsheim und Wiesloch und die Gemeinden Kirchborn, Redarheinach, Redarhaußen, Langenthal, Greim, Darsberg, Jagelsbach des heffischen Kreises Heppenheim.
Arbeitsamt Heidenheim, umfassend: den Oberamtsbezirk Heidenheim.
Arbeitsamt Heilbronn, umfassend: die Oberamtsbezirke Heilbronn, Redarhaußen, Brackenheim, vom Oberamtsbezirk Heilbronn die Gemeinden Bönnigheim, Gemmingen, Hofen, Hohenheim, Isfeld, Kirchheim, Lauffen, Redarhaußen, Schöpsach und Gemeinde Wimpfen des heffischen Amtsbezirks Heppenheim.
Arbeitsamt Karlsruhe, umfassend: die Amtsbezirke Karlsruhe, Ettlingen.
Arbeitsamt Kehl, umfassend: den Amtsbezirk Kehl.
Arbeitsamt Konstanz, umfassend: die Amtsbezirke Konstanz, Engen, Etobach, Kehl, Wehr.
Arbeitsamt Lahr, umfassend: den Amtsbezirk Lahr.
Arbeitsamt Landau, umfassend: die Oberamtsbezirke Merzheim und Gerabronn, die Amtsbezirke Berthelheim und Rauberbühlhofen.
Arbeitsamt Lörrach, umfassend: die Amtsbezirke Lörrach, Müllheim, Säckingen, Schopfheim.
Arbeitsamt Ludwigsburg, umfassend: die Oberamtsbezirke Ludwigsburg (ausgenommen Juffenhäuser), Baihingen, Marbach, Vachung und vom Oberamtsbezirk Heilbronn die Gemeinden Besigheim, Dietigheim, Eisingheim, Freudental, Großingersheim, Heßigheim, Kleiningersheim, Löhrgau, Metterzimmern, Wöhlheim.
Arbeitsamt Mannheim, umfassend: den Amtsbezirk Mannheim, die Gemeinden Weinheim des heffischen Kreises Heppenheim und die Gemeinde Lampertheim des heffischen Kreises Bensheim.
Arbeitsamt Mosbach, umfassend: die Amtsbezirke Mosbach, Adelsheim, Buchen.
Arbeitsamt Nagold, umfassend: die Oberamtsbezirke Nagold, Calw (ausgenommen die Gemeinden Untereichenbach, Liebenzell, Monatam und Unterhaugstett), Freudenstadt, Gorb und Herrenberg.
Arbeitsamt Offenburg, umfassend: die Amtsbezirke Offenburg, Oberkirch, Bollsach.
Arbeitsamt Pforzheim, umfassend: den Amtsbezirk Pforzheim, den Oberamtsbezirk Neuenbürg (ohne die Gemeinde Löffelau), den Oberamtsbezirk Maulbronn und die Gemeinden Untereichenbach, Liebenzell, Monatam und Unterhaugstett des Oberamtsbezirks Calw und die Gemeinden Frießheim, Wimsheim und Wöhlheim des Oberamtsbezirks Leonberg.
Arbeitsamt Rastatt, umfassend: den Amtsbezirk Rastatt (ausgenommen die Gemeinden Baden, Balg, Obersteinburg, Haueneberstein, Dos und Sandweiler), die Gemeinde Löffelau des Oberamtsbezirks Neuenbürg.
Arbeitsamt Ravensburg, umfassend: die Oberamtsbezirke Ravensburg, Balgsee, Leutkirch vom Oberamtsbezirk Saulgau, Altmannweiler, Alshausen, Bierstetten, Blänsried, Bolstern, Boms, Bondorf, Brauenweiler, Ebenweiler, Ebersbach, Eichen, Eichtegen, Finschwangen, Friedberg, Fulgenstadt, Geiselbach, Großtiffen, Guggenhausen, Gaid, Hochberg, Hofkirch, Hüttenreute, Königsgewald, Lampertsweiler, Laubach, Mierkingen, Moosheim, Nussbach, Pfungen, Reichenbach, Reichenbühl, Niedhausen, Unterwaldhausen, Wolfartsweiler und die hohenzollerische Gemeinde Adberg.
Arbeitsamt Reutlingen, umfassend: die Oberamtsbezirke Reutlingen (ausgenommen die Gemeinden Mägerlingen, Gausen und Bronnen), Tübingen, Rottenburg, Urach und Mägerlingen.
Arbeitsamt Rotweil, umfassend: die Oberamtsbezirke Rotweil, Oberndorf, Sulz.
Arbeitsamt Sigmaringen, umfassend: den Kreis Sigmaringen, den Oberamtsbezirk Niedlingen, vom Oberamtsbezirk Saulgau die Gemeinden Weiglofen, Wöchingen, Bremen, Entenach, Englhofen, Gingslofen, Gerberdingen, Gendorf, Hohenengen, Ketslofen, Mengen, Oelhofen, Scherz, Uffendorf, Wöllofen und vom Oberamtsbezirk Reutlingen die Gemeinden Mägerlingen, Gausen und Bronnen.
Arbeitsamt Stuttgart, umfassend: die Stadtgemeinde Stuttgart, Amtsbezirk Stuttgart (ausgenommen die Gemeinde Schornhausen), Oberamtsbezirke Balingen, Leonberg (ausgenommen die Gemeinden Frießheim, Wimsheim und Wöhlheim) und Balingen und die Gemeinde Juffenhäuser des Oberamtsbezirks Ludwigsburg.
Arbeitsamt Tübingen, umfassend: die Oberamtsbezirke Tübingen, Spadingen.
Arbeitsamt Ulm a. D., umfassend: die Oberamtsbezirke Ulm, Blaubeuren, Laupeheim, Ehingen, Wiblingen und die bayerische Stadt Neu-Ulm.
Arbeitsamt Wiblingen, umfassend: die Amtsbezirke Wiblingen, Donauwörth.

**Bekanntmachung**

des Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland betr. die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter. Vom 5. Juni 1928.

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat die Grenzen der Arbeitsämter auch für den Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland neu festgesetzt. Die Festsetzung im einzelnen ist der Bekanntmachung hierüber vom heutigen Tage zu entnehmen. ...

**Bekanntmachung**

des Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland betr. die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter. Vom 5. Juni 1928.

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat die Grenzen der Arbeitsämter auch für den Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland neu festgesetzt. Die Festsetzung im einzelnen ist der Bekanntmachung hierüber vom heutigen Tage zu entnehmen. ...

- Arbeitsamt Aalen 5,
Baden-Baden 5,
Balingen 5,
Bruchsal 5,
Eßlingen 5,
Freiburg 6,
Friedrichshafen 5,
Gmünd 5,
Göttingen 5,
Hall 5,
Heidelberg 6,
Heidenheim 5,
Heilbronn 6,
Karlsruhe 7,
Kehl 5,
Konstanz 5,
Lahr 5,
Landau 5,
Lörrach 6,
Ludwigsburg 6,
Mannheim 6,
Mosbach 5,
Nagold 5,
Offenburg 6,
Pforzheim 7,
Rastatt 5,
Ravensburg 5,
Reutlingen 6,
Rotweil 6,
Sigmaringen 5,
Stuttgart 7,
Tübingen 5,
Ulm 7,
Wiblingen 5,
Waldshut 5,
Weinheim 5.

**Raul- und Klauenseuche**

Nach Meldungen der Bezirksärzte waren am 1. Juni 1928 verurteilt:
Arbeitsbezirke: Freiburg; Gemeinden: Freiburg.
Kehl; Weigelsbach.
Pforzheim; Königswald.

**Personeller Teil**

Ernennungen, Versetzungen, Zurufstellungen usw. der blamwürdigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:
Das Staatsministerium hat den Regierungsrat Dr. Alfred Schöbl im Ministerium des Innern zum stellvertretenden Vorstandsmitglied des Landesjugendamts ernannt.
Planmäßig angestellt:
Kanzleischilfe Oswald Kados beim Bezirksamt Karlsruhe als Kanzleischiftent.
Versetzt:
Kanzleischiftent Elsa Gerd beim Bezirksamt Karlsruhe zum Gewerbeaufsichtsamts in Karlsruhe.
Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen
übertragen:
Dem Forstrat Karl Jungmann in Zell a. S. das Forstamt Riedel.